

wahlkabine.at

Österreichs erfolgreichste  
online Politik-Orientierungshilfe

## Fragen und Standpunkte der Parteien zur Wien-Wahl 2025

Dieses Dokument gibt einen kompakten Überblick über die Standpunkte der Parteien zur Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien am 27. April 2025. Dazu finden Sie die Antworten und Gewichtungen der Parteien zu 25 Fragen, die vom Redaktionsteam von wahlkabine.at verfasst wurden.

### Berücksichtigte Parteien


Für die Wahlkabine zur Wien-Wahl 2025 wurden alle Parteien bzw. Listen berücksichtigt, die landesweit auf Bezirks- als auch auf Gemeinderatsebene kandidieren und den Fragenkatalog bis Redaktionsschluss beantwortet haben. Sieben Parteien haben diese Anforderungen erfüllt:


SPÖ - Bürgermeister Dr. Michael Ludwig  
ÖVP - Wiener Volkspartei - Karl Mahrer  
GRÜNE - Die Grüne Alternative Wien  
NEOS - Ehrlich. Mutig. Tatkräftig  
FPÖ - Freiheitliche Partei Österreichs  
KPÖ - Kommunistische Partei Österreichs und LINKS Wien  
HC - Team HC Strache - Allianz für Österreich


Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf **[www.wahlkabine.at](http://www.wahlkabine.at)**.


Hinweis: Die Reihenfolge der Fragen wird im Wahlkabine-Tool zufällig ausgespielt.


# 1. Soll die Stadt Wien der Klubszene finanzielle Mittel für Lärmschutzmaßnahmen bereitstellen?


ÖVP	Ja	
<p>Viele Klubs und Kulturbetriebe gab es bereits, bevor sich Wohngebiete entwickelt haben. Damit diese nicht absiedeln müssen, braucht es seitens der Stadt finanzielle Unterstützung für Lärmschutzmaßnahmen.</p>		


SPÖ	Ja	
<p>Mit der Novelle des Veranstaltungsgesetzes schafft Wien auch für Veranstalter:innen Verbesserungen. Bei genehmigter Sperrstundenverlängerung kann Musik bis 23 Uhr mit derselben Lautstärke weiter gespielt werden.</p>		

FPÖ	Nein	
<p>Klubs sind gewinnorientierte Unternehmen und haben in dieser Eigenschaft die gesetzlichen Verpflichtungen selbst zu tragen. Ausgaben privatrechtlicher Natur sollen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.</p>		








GRÜNE	Ja	
<p>Die Wiener Klubszene ist wichtig, doch Lärm sorgt oft für Konflikte – besonders durch Musik und Gäste vor der Tür. Viele Anrainer:innen wohnen nah dran. Die Stadt Wien sollte Lärmschutzmaßnahmen fördern, um Clubs zu erhalten und Anwohner:innen zu entlasten.</p>		

NEOS	Ja	
<p>Mit einem Schallschutzfonds unterstützen wir die Wiener Clubs bei der Adaptierung ihrer Veranstaltungsstätten und vermeiden Konflikte mit Anrainer:innen. Mit der Flexibilisierung der Sperrstunde machen wir das Club-Leben in Wien attraktiver.</p>		

KPÖ/LINKS	Ja	
<p>Ja, wir brauchen dringend Maßnahmen für eine lebendige Klubszene, auch zentrumsnah. Kein Klub sollte wegen Lärmbeschwerden zusperren müssen.</p>		

Team HC	Ja	
<p>Wichtig, damit es keine Konflikte mit Anrainern gibt! Siehe Arena im 3. Bezirk.</p>		

## 2. Soll es in den Sommerferien vier Wochen verpflichtende Deutschkurse für Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf geben?

ÖVP	Ja	
Ja, unbedingt! Die Verpflichtung für außerordentliche Schüler, in den Sommerferien Deutschkurse zu absolvieren, wurde bereits 2023 von der Wiener Volkspartei im Gemeinderat eingebracht - von SPÖ und Neos damals noch abgelehnt. Jede Möglichkeit Deutsch zu lernen, muss genützt werden.		
SPÖ	Ja	
Kinder und Jugendliche werden in Wien bereits kostengünstig bzw. kostenlos ganzjährig beim Deutschlernen unterstützt (Summer City Camps, gratis Nachhilfe). Weitere Maßnahmen auszubauen ist im Sinne der Bildungschancen der Kinder wichtig.		
FPÖ	Ja	
Die FPÖ fordert seit Jahren verpflichtende Deutschkurse, die über das ganze Jahr ohne Unterbrechung stattfinden sollen.		
GRÜNE	Ja	
Gezielte Förderung ist wichtig, damit alle Kinder gleiche Bildungs- und Lebenschancen haben. Ob es genau vier Wochen sein müssen, ist diskutierbar. Entscheidend ist, dass Förderangebote gut geplant sind und Eltern frühzeitig wissen, wie sie Ferien und Urlaube organisieren können.		
NEOS	Ja	
Eine verpflichtende Deutschförderung im Sommer wahrt die Kontinuität beim Spracherwerb und ist daher unumgänglicher Baustein für echte Chancengerechtigkeit. Zusätzlich fördern wir Lesepatenschaften und setzen mehr Sprachförderkräfte ein.		
KPÖ/LINKS	Nein	
Es soll ein breites Angebot an kostenlosen Förderkursen geben. Die Sprache ist der wichtigste Schlüssel zur Integration und macht das Zusammenleben leichter. Verpflichtung im Sommer lehnen wir aber ab.		
Team HC	Ja	
Um ein Miteinander aller Kinder in den Klassen sicherzustellen!		

### 3. Sollen die Deutschkenntnisse von Kindern in Wien ab dem dritten Geburtstag regelmäßig getestet werden?

ÖVP	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Diese Forderung hat die Wiener ÖVP bereits im Mai 2023 als erstes erhoben. Damals hat sie aufgedeckt, dass Wiens außerordentliche Volksschüler bereits mehr als 2 Jahre einen Kindergarten besucht haben und trotzdem zu Schulbeginn nicht Deutsch können. Deshalb braucht es Sprachtests für 3-Jährige.		

SPÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Im Regierungsabkommen der schwarz-rot-pinken Bundesregierung wurde für ganz Österreich ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr beschlossen. Dieses soll die gute Vorbereitung von Kindern auf den Schuleintritt sicherstellen.		

FPÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Eine gemeinsame Sprache ist der Schlüssel für ein gedeihliches Miteinander und kann nicht früh genug gefördert werden.		








GRÜNE	Ja	<input type="checkbox"/>
Frühzeitige Sprachförderung ist entscheidend. Kindergärten testen bereits regelmäßig. Mit einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr – das wir fordern – würde zwei Jahre lang getestet werden. Für Kinder außerhalb des Kindergartens bräuchte es eine bundesgesetzliche Regelung.		

NEOS	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Im Bund haben wir eine Sprachstandserhebung zu Beginn des vorletzten Kindergartenjahres vereinbart. Das ist praktikabler & pädagogisch sinnvoller, als unmittelbar ab dem 3. Geburtstag zu testen, wo Sprachfortschritte noch sehr individuell sind. Eine erneute Testung soll vor Schuleintritt erfolgen.		








KPÖ/LINKS	Nein	<input type="checkbox"/>
Wir sprechen uns gegen regelmäßige Tests aus. Stattdessen wollen wir erreichen, dass jedes Kind mindestens drei Jahre im Kindergarten ist, um so eine gute sprachliche Frühförderung sicherzustellen.		

Team HC	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Damit Defizite rasch behoben werden können.		

## 4. Sollen Schwangerschaftsabbrüche in Krankenhäusern der Gemeinde Wien kostenfrei sein?

ÖVP	Nein	
Die ÖVP bekennt sich zur bestehenden Fristenregelung. Schwangerschaftsabbrüche sind bis zum 3. Monat straffrei, aber eben rechtswidrig - weil menschliches Leben schutzwürdig ist. Einen kostenfreien Abbruch lehnen wir daher ab.		
SPÖ	Ja	
In Wien gibt es ausreichend Angebote, Schwangerschaftsabbrüche durchführen zu lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kosten für einen Abbruch bundesweit von den Krankenkassen getragen werden.		
FPÖ	Nein	
Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche für finanziell benachteiligte Frauen werden bereits von der Stadt Wien übernommen.		
GRÜNE	Ja	
Schwangerschaftsabbrüche sollen in öffentlichen Spitälern kostenfrei sein – wie jede andere notwendige Gesundheitsleistung. Das sichert medizinische Versorgung unabhängig vom Einkommen. Derzeit müssen Betroffene die Kosten selbst tragen.		
NEOS	Ja	
Die Entscheidung einer Frau, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen, darf nicht von ihrer finanziellen Lage abhängig sein. Wichtig ist uns ein flächendeckender, niederschwelliger Zugang zum Abbruch.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Abtreibungen müssen kostenlos und flächendeckend in öffentlichen Spitälern zugänglich sein und endlich zum Recht werden.		
Team HC	Nein	
Wichtiger wäre es, mehr und kostenlose Beratungsstellen einzurichten!		








## 5. Sollen für alle, unabhängig vom Wohnsitz, dieselben Wartezeiten in Wiener Krankenhäusern gelten?

ÖVP	Ja	
Ja. Wien erhält Ausgleichszahlungen für Gastpatienten und hat dem kürzlich vereinbarten Finanzausgleich selbst zugestimmt. Eine Ungleichbehandlung ist demnach rechtlich nicht haltbar.		
SPÖ	Nein	
Die Gesundheit der Wiener:innen ist uns sehr wichtig, daher wollen wir bei Routinebehandlungen und planbaren Eingriffen eine Bevorzugung, solange die Finanzierungslücke der Gastpatient:innen von 795,2 Millionen Euro nicht geschlossen ist.		
FPÖ	Ja	
Generell gilt, dass die Wartezeiten zu lange sind und dringend gegengesteuert werden muss.		
GRÜNE	Ja	
Lange Wartezeiten auf Facharzt- und OP-Termine brauchen echte Lösungen. Die Diskussion über Wohnsitzabhängigkeit lenkt ab. Die freie Spitalswahl muss für alle gelten, denn auch Wiener:innen werden in Niederösterreich behandelt. Solidarität im Gesundheitssystem ist entscheidend.		
NEOS	Ja	
Ja. Wartezeiten sollten auch für alle zentral erfasst und transparent sein. Wir verlangen aber, dass im Rahmen des Finanzausgleichs die Kosten für Gastpatient:innen fair abgegolten werden.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Ja, bei einer Zwei-Millionen-Stadt machen ein paar Patient:innen aus anderen Bundesländern keinen Unterschied. Wichtig ist, dass die Stadt Wien das Gesundheitssystem nicht kaputtspart.		
Team HC	Ja	
Für österreichische Staatsbürger sollte es keine unterschiedlichen Wartezeiten geben, egal ob sie Wiener sind oder aus den Bundesländern kommen! Der "Krankenhaus-Tourismus" aus allen anderen Ländern muss unterbunden werden.		

## 6. Sollen Ärzt\*innen, die zehn Stunden (pro Woche) im Krankenhaus arbeiten, weiterhin eine Privatordination führen dürfen?








ÖVP	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Die Zustände an den Wiener Spitälern durch Restriktionen bei den Ärzten beheben zu wollen, ist der falsche Weg. Der Anteil an Ärzten, die zehn Stunden oder weniger im Krankenhaus arbeiten, ist außerdem verschwindend gering.		
SPÖ	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>
Wichtig ist die Versorgungssicherheit in den Wiener Spitälern. Dafür modernisieren wir die Spitäler, bilden Pflegekräfte aus und bauen regionale Gesundheitszentren. Entscheidend ist, dass Ärzt:innen versorgungswirksam arbeiten.		
FPÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Ärzte sind der Grundpfeiler der medizinischen Versorgung und sollen nicht durch gesetzliche Bestimmungen in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werden.		
GRÜNE	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>
Ärzt:innen sollen neben ihrer Spitalstätigkeit eine Privatordination führen dürfen. Wichtig ist aber, dass genug Zeit für Patient:innen im Krankenhaus bleibt und keine Interessenskonflikte entstehen. Öffentliche Spitäler müssen so attraktiv sein, dass Ärzt:innen sich dort voll engagieren können.		
NEOS	Nein	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Spitalsärzt:innen sollten ihre Tätigkeit zumindest überwiegend im Spital ausüben. Unter dieser Voraussetzung soll auch der Betrieb einer Privatordination nebenbei möglich sein.		
KPÖ/LINKS	Nein	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Solange es einen Mangel an Kassenärzt:innen in Wien gibt, sollten Wahlpraxen begrenzt werden. Voraussetzung dafür sind aber gute Arbeitsbedingungen für Ärzt:innen in den Wiener Spitälern.		
Team HC	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Wir sind hoffentlich noch nicht in der "Planwirtschaft" á la UDSSR angekommen!		

## 7. Soll es in Wien Räume für Drogenkonsum unter Aufsicht von Fachpersonal geben?








ÖVP	Ja	
Die Schaffung betreuter Drogenkonsumräume ist wichtig, doch sinnvoller wäre ein flächendeckendes Konzept mit mehreren Standorten, um lokale Belastungen wie jene rund um die zentrale Einrichtung „Jedmayer“ zu reduzieren und eine ausgewogenere Versorgung sicherzustellen.		
SPÖ	Nein	
Gemeinsam mit der Sucht- und Drogenkoordination setzt die Stadt Wien auf Prävention, Beratung, Behandlung sowie ein gut ausgebautes Substitutionsprogramm. Für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum arbeitet das Team der Sofortmaßnahmen.		
FPÖ	Nein	
Das Augenmerk der Stadt Wien sollte darauf gelegt werden, Drogenabhängigen aus ihrer Sucht herauszuhelfen und nicht ihr Krankheitsbild zu verlängern.		
GRÜNE	Ja	
„Safer Use“-Räume retten Leben, minimieren Gesundheitsrisiken und führen Suchterkrankte an Hilfsangebote heran. Sie reduzieren Konflikte und entlasten den öffentlichen Raum. Wien braucht geschützte Konsumräume mit Fachpersonal, um Hilfe statt Strafe in den Mittelpunkt zu stellen.		
NEOS	Ja	
Wir wollen Räume für überwachten Konsum, die suchtkranken Menschen ein sicheres Umfeld bieten. So schaffen wir auch die Anknüpfungspunkte für Hilfsangebote, ohne Stigmatisierung.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Sucht gehört leider zum Leben dazu. Es müssen die Suchthilfe gefördert und Bedingungen geschaffen werden, unter denen der Konsum sicher möglich ist. Das steigert auch das Sicherheitsgefühl.		
Team HC	Ja	
Drogensüchtige gibt es leider! So kann man aber sicherstellen, dass sie gefahrlos (gepanschte Drogen) zu ihrer Dosis kommen.		










## 8. Sollen Geschäfte auch am Sonntag öffnen dürfen?

ÖVP	Nein	
<p>Es sollten nicht alle Geschäfte am Sonntag öffnen dürfen, aber so wie in anderen Bundesländern üblich, sollte Wien endlich Tourismuszonen einführen, in denen die Geschäfte auch am Sonntag offenhalten können. Kein Tourist versteht, wieso er in Wien sonntags vor verschlossenen Geschäftstüren steht.</p>		
SPÖ	Nein	
<p>Profitieren würden davon v.a. große Unternehmen in zentraler Lage. Eine solche Zone würde die Nahversorgung gefährden &amp; eine Dynamik über weite Stadtteile auslösen. Der freie Sonntag als Ruhetag muss für Arbeitnehmer:innen und Familien erhalten bleiben.</p>		
FPÖ	Nein	
<p>Hierbei geht der Schutz der Familie eindeutig vor. Gerade KMUs kämen durch eine Sonntagsöffnung noch mehr unter Druck.</p>		
GRÜNE	Nein	
<p>Nur kleine Geschäfte sollen in lokal begrenzten Tourismuszonen wie dem 1. Bezirk oder Schönbrunn am Wochenende öffnen dürfen – ähnlich wie an Bahnhöfen. Alle arbeitsrechtlichen Zuschläge müssen gezahlt werden.</p>		
NEOS	Ja	
<p>Wir wollen Betrieben mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten geben – im Rahmen von Tourismuszonen. So könnten sie unter Wahrung von Arbeitnehmer:innenrechten selbst entscheiden, wann ihr Betrieb geöffnet ist.</p>		
KPÖ/LINKS	Nein	
<p>Wir lehnen es ab, den arbeitsfreien Sonntag aufzugeben, nur damit einige wenige Geschäftsleute dadurch noch mehr verdienen.</p>		
Team HC	Ja	
<p>Hier muss es aber für die Angestellten eine bessere Entlohnung geben! Geschäftsinhabern sollte das endlich freigestellt werden.</p>		








## 9. Soll der Lobautunnel gebaut werden?

ÖVP	Ja	
Der Lobautunnel muss gebaut werden, da er eine wesentliche Entlastung für das stark belastete Verkehrsnetz in Wien und der Ostregion darstellt. Durch die gezielte Verlagerung des Verkehrs auf die neue Infrastruktur können Staus und Verkehr in den Wohngebieten deutlich reduziert werden.		
SPÖ	Ja	
Dadurch müssen LKWs nicht mehr durch die Stadt & den Grünen Prater fahren. Die Nordostumfahrung ist wichtig für die Erschließung des Stadterweiterungsgebietes Seestadt & damit leistbarer Wohnungen, Arbeitsplätze & Bildungsinfrastruktur.  (Anmerkung der Redaktion: Die SPÖ Wien trat in der Vergangenheit als vehemente Fürsprecherin des Projekts "Lobautunnel" auf, dessen Umsetzung sie weiterhin anstrebt. Zuletzt wurde allerdings im Rahmen der Regierungszusammenarbeit auf Bundesebene eine erneute Evaluierung angekündigt, im Vorfeld der Wien-Wahl setzt die Partei das Thema nicht aktiv. Eine redaktionelle Änderung der Gewichtung wurde vor diesem Hintergrund diskutiert, aber nicht durchgeführt.)		
FPÖ	Ja	
Der Lobautunnel entlastet die wichtigste Verkehrsroute Wiens und führt zu weniger Stau und damit Luftverschmutzung und Lärm.		
GRÜNE	Nein	
Die Lobau-Autobahn durch den Nationalpark würde noch mehr Pendler:innen mit dem Auto statt den Öffis nach Wien bringen. Entlang der Strecke entstünden Gewerbegebiete, die zusätzlichen Verkehr und Millionen Tonnen CO2 verursachen – auf Kosten wertvoller Böden, Grünräume und der Lebensqualität.		
NEOS	Nein	
Wir halten den Lobautunnel nicht für die effektivste und wirtschaftlichste Maßnahme. Daher fordern wir die Prüfung von Alternativlösungen, die eine Entlastung für den Verkehr bringen und eine ökologische Option zur Donauquerung darstellen.		
KPÖ/LINKS	Nein	
So große Straßenbauprojekte sind nicht mehr zeitgemäß. Der Lobautunnel hilft nur dem Transitverkehr. Stattdessen müssen die Öffis weiter ausgebaut werden, gerade auch in Floridsdorf, der Donaustadt und weiteren Flächenbezirken.		
Team HC	Ja	
Oder eine weitere Donauüberquerung in diesem Bereich!		








## 10. Soll der Gürtel verkehrsberuhigt werden?

ÖVP	Nein	
Der Gürtel ist eine Hauptverkehrsader, doch eine Neugestaltung ist dringend nötig. Mehr Grünflächen, bessere Rad- und Fußwege sowie effiziente Verkehrsführung können die Lebensqualität steigern, ohne die wichtige Verkehrsverbindung zu gefährden.ale		
SPÖ	Nein	
Projekte zur Verkehrsberuhigung sind uns ein zentrales Anliegen - vor allem in der Inneren Stadt, Gürtelnähe und inneren Bezirken. Hauptverkehrsrouten sind wichtig für die Versorgungssicherheit.		
FPÖ	Nein	
Der Gürtel ist eine Hauptverkehrsader Wiens. Durch das Verkehrsleitmanagement werden künstlich Staus hervorgerufen, in dem Grünphasen unterbrochen werden.		
GRÜNE	Ja	
Der Gürtel ist eine der am stärksten befahrenen Straßen Österreichs. Mehr Lebensqualität bringen breitere Gehwege, ein neuer Radweg, 1.500 neue, großkronige Bäume sowie die Belebung der Gürtelbögen mit Kultur und Lokalen. Auch die Straßenbahnlinie 8 soll wiederkommen.		
NEOS	Nein	
Wir fordern den Bau eines Fahrradhighways und die Entflechtung der Rad- von der Fußgängerinfrastruktur am Gürtel.		
KPÖ/LINKS	Nein	
Bis auf wenige Ausnahmen halten wir Tempo 30 und generelle Verkehrsberuhigung für sinnvoll. Bundesstraßen wie der Gürtel sollten mittelfristig aber weiterhin Tempo 50 haben.		
Team HC	Nein	
Der Gürtel ist eine zentrale Hauptverkehrsader Wiens! Die Wienerinnen und Wiener brauchen ihr Auto!		








## 11. Sollen alle Obdachlosen in Wien Anspruch auf einen Schlafplatz haben?

ÖVP	Ja	
Das Angebot von Unterbringungsplätzen muss stärker und mit mehr Nachdruck kommuniziert werden. Damit ein Unterbringungsplatz dem Verweilen auf der Straße vorgezogen wird. Die zahlreiche Präsenz von obdachlosen Personen auf der Straße lässt keinen anderen Schluss zu.		
SPÖ	Ja	
Die Stadt Wien unterstützt wohnungs- und obdachlose Menschen in Kooperation mit einer Vielzahl an professionellen Einrichtungen. Ziel ist es, wohnungslosen Menschen neben der Bereitstellung von Akutmaßnahmen den Weg weg von der Straße zurück in ein eigenständiges Leben zu ermöglichen.		
FPÖ	Ja	
Die Gemeinde Wien soll vorrangig Maßnahmen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit treffen.		
GRÜNE	Ja	
Jeder obdachlose Mensch soll Anspruch auf einen Schlafplatz haben. Dafür braucht es mehr Wohnungen für „Housing First“ und eine ganzjährig, ganztägig geöffnete Notversorgung. Zudem muss die Stadt psychosoziale Hilfe direkt im öffentlichen Raum anbieten, um Menschen frühzeitig zu unterstützen.		
NEOS	Ja	
Wir wollen Notschlafstellen, die an 365 Tagen im Jahr in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen - auch im Sommer.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Ja, das hilft obdachlosen Menschen und steigert das Sicherheitsgefühl für alle. Mittelfristig wollen wir Obdachlosigkeit durch Housing First-Projekte stark reduzieren.		
Team HC	Nein	
Hier hat die Stadt Wien das Problem des "Obdachlosen-Tourismus"!! Solche Angebote würden noch mehr Obdachlose aus benachbarten Ländern anziehen!		








## 12. Soll die Stadt Wien eine Leerstandsabgabe für Wohnungen einführen?

ÖVP	Nein	
Wien ist das Bundesland mit dem geringsten Leerstand (3,4% laut Greenpeace-Studie). Diese Abgabe ist in Wien weder sinnvoll noch notwendig. Die Stadtregierung muss Maßnahmen für leistbaren Wohnraum setzen und keine neuen Gebühren erfinden.		
SPÖ	Ja	
Für eine Leerstandsabgabe braucht es ein bundesweites Gesetz, das von den Ländern gut in die Praxis umgesetzt werden kann. Wien ist hier jederzeit bereit, seine Expertise einzubringen.		
FPÖ	Nein	
Eingriff in das Eigentum ist verfassungswidrig. Zudem darf die Freiheit des Eigentums nicht eingeschränkt werden.		
GRÜNE	Ja	
Zehntausende Wohnungen stehen jahrelang leer, während viele leistbaren Wohnraum suchen. Eine Abgabe würde Spekulation eindämmen und Neubau begrenzen. Die Grünen haben im Bund die rechtlichen Grundlagen geschaffen, doch SPÖ und NEOS setzen sie in Wien nicht um.		
NEOS	Nein	
Eine Leerstandsabgabe lehnen wir ab. Sie erhöht weder das Wohnungsangebot, noch senkt sie Wohnkosten. Wir setzen auf Nachverdichtung, eine vereinfachte Bauordnung und flexible Nutzungsmöglichkeiten. Das vergrößert das Angebot und macht Wohnen tatsächlich leistbarer.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Leerstand und gezieltes Verfallenlassen entziehen den Wiener:innen zehntausende dringend benötigte Wohnungen. Das darf sich für Investoren nicht lohnen. Daher braucht es eine Leerstandsabgabe.		
Team HC	Nein	
Wir leben nicht im Kommunismus! Wohnungseigentümer sollen machen können, was sie wollen mit ihrem Eigentum.		








### 13. Sollen Mieterhöhungen im Gemeindebau in Zukunft auf maximal zwei Prozent pro Jahr begrenzt werden?

ÖVP	Ja	
Die Stadt muss günstigen und leistbaren Wohnraum denen zur Verfügung stellen, die ihn vorrangig brauchen. Hier sollten die Einkommensgrenzen, bis zu der man zum Bezug berechtigt ist, gesenkt werden.		
SPÖ	Ja	
Als SPÖ Wien stehen wir für leistbares Leben für alle. Mit der Mietpreisbremse im Gemeindebau haben wir die Mieten für 2024 & 2025 eingefroren. Dank der SPÖ werden die Mieten auch auf Bundesebene nicht mehr mit hohen Inflationsraten mitsteigen. Es braucht aber noch Lösungen für den privaten Bereich.		
FPÖ	Ja	
Die Mieten und Betriebskosten im Wiener Gemeindebau sollen auf den Stand des Jahres 2020 zurückgesetzt werden. Wohnen muss für alle Staatsbürger leistbar sein.		
GRÜNE	Ja	
Alle Mieter:innen brauchen Sicherheit vor steigenden Wohnkosten. Eine Begrenzung der Mieterhöhungen im Gemeindebau sichert leistbares Wohnen und schützt vor übermäßigen Belastungen. Die Stadt Wien kann hier mit gutem Beispiel vorangehen.		
NEOS	Nein	
Eine pauschale Deckelung entlastet kurzfristig, gefährdet aber langfristig Modernisierung, Ausbau und faire Vergabe im Gemeindebau. Stattdessen braucht es ein treffsicheres Fördersystem mit Einkommensmonitoring. Günstige Mieten sollen bei jenen ankommen, die sie wirklich brauchen.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Ja. Der öffentliche Wohnbau kann hier als Inflationsbremse dienen.		
Team HC	Ja	
Keine Angabe		

## 14. Sollen Asylwerbende in Wien Zugang zu gebührenfreien Deutschkursen haben?








ÖVP	Nein	
Der ÖIF bietet bereits Deutschkurse für Asylwerber mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit an. Die Finanzierung von Deutschkursen für Asylwerber deren Verfahrensausgang ungewiss ist, ist nicht im Sinne des Steuerzahlers.		
SPÖ	Ja	
Gutes Deutsch ist entscheidend für gelungene Integration, um einer Arbeit nachgehen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Wichtig ist dabei, dass ausreichend Angebote zur Verfügung stehen.		
FPÖ	Nein	
Die Integrationskosten in Wien belaufen sich bereits jetzt auf mehrere Milliarden Euro. Asyl ist Schutz auf Zeit.		
GRÜNE	Ja	
Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Gebührenfreie Deutschkurse helfen Asylwerbenden, sich schneller einzuleben und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wie soll jemand, der mit nichts als seinem Gewand fliehen musste und nicht arbeiten darf, einen Kurs finanzieren?		
NEOS	Ja	
Ja. Wir stehen für Integration ab Tag 1. Dazu gehören neben Deutschkursen auch eine Integrationsberatung inkl. Kompetenz-Screenings sowie Grundregel- und Wertevermittlung.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Die Sprache ist ein wichtiger Schlüssel zur Integration und macht Teilhabe und das Zusammenleben leichter.		
Team HC	Nein	
Es ist eine Bringschuld, die Sprache des Landes zu erlernen!		

## 15. Sollen Nicht-EU-Bürger\*innen auf Bezirksebenen wählen dürfen?








ÖVP	Nein	
Die Verleihung der Staatsbürgerschaft mit den damit verbundenen Rechten und Pflichten steht am Ende einer gelungenen Integration. Das aktive und passive Wahlrecht als ein Standpfeiler unserer Demokratie darf nicht aufgeweicht werden.		
SPÖ	Ja	
Der Zugang zur Staatsbürgerschaft unterliegt in Österreich großen finanziellen Hürden. Wir möchten den Zugang zur Staatsbürgerschaft für Menschen, die lange in Österreich leben, arbeiten & Steuern zahlen, erleichtern, damit sie dann auch wählen können.		
FPÖ	Nein	
Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht.		
GRÜNE	Ja	
Wer dauerhaft in Wien lebt, soll mitentscheiden können – unabhängig vom Pass. Nicht-EU-Bürger:innen zahlen Steuern, nutzen Infrastruktur und sind Teil der Gesellschaft. Demokratie braucht Mitbestimmung, deshalb setzen wir uns für ein Wahlrecht auf Bezirksebene ein.		
NEOS	Nein	
Nein, aber wir wollen Unionsbürger:innen, die Wien zu ihrer dauerhaften Heimat gemacht haben, das Wahlrecht bei den Wiener Gemeinderats- und Landtagswahlen ermöglichen.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Ja, wir wollen das Wahlrecht für alle, die in Wien leben – schließlich tragen wir alle einen großen Teil dazu bei, dass diese Stadt funktioniert.		
Team HC	Nein	
Keine Angabe		










## 16. Sollen öffentliche Plätze in Zukunft verstärkt videoüberwacht werden?

ÖVP	Ja	
<p>Wien hinkt bei der Videoüberwachung hinterher. Städte wie London oder Paris zeigen, wie Technologie Kriminalität bekämpfen kann. Deshalb fordern wir 5.000 neue Überwachungskameras an Bahnhöfen, U-Bahn-Stationen, Parks und Kriminalitätsschwerpunkten.</p>		
SPÖ	Ja	
<p>Die Wiener:innen müssen sich überall in Wien sicher fühlen. Wo es die Sicherheit der Menschen erhöht, setzen wir Videoüberwachung an öffentlichen Orten, beispielsweise am Praterstern, ein.</p>		
FPÖ	Ja	
<p>An neuralgischen Plätzen ja, aber unter strengen Regeln. Es darf zu keiner totalen Überwachung der Bevölkerung kommen.</p>		
GRÜNE	Nein	
<p>Viele fühlen sich nachts an manchen Orten unsicher – das nehmen wir ernst. Doch Videoüberwachung bringt wenig gegen Kriminalität. Wirksamer sind Streetwork, bessere Beleuchtung, belebte Erdgeschosszonen und Grätzpolizist:innen, die präsent und zu Fuß unterwegs sind.</p>		
NEOS	Nein	
<p>Wo sie sinnvoll ist, kann Videoüberwachung bei Sicherheitsproblemen Abhilfe schaffen. Flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab. Wird Videoüberwachung eingesetzt, gehört sie in regelmäßigen Abständen evaluiert.</p>		
KPÖ/LINKS	Nein	
<p>Studien sprechen eine klare Sprache. Videokameras führen NICHT zu sinkender Kriminalität, in Dortmund nahm sie laut Erhebungen sogar zu. Die beste Sicherheitspolitik ist Sozialpolitik.</p>		
Team HC	Nein	
<p>Die Polizeipräsenz muss verstärkt werden. Es kann nicht sein, dass alle Wienerinnen und Wiener auf Grund einer speziellen Tätergruppe überwacht werden sollen.</p>		








## 17. Soll es in Wien ein generelles Waffenverbot geben?

ÖVP	Ja	
Ja, aber in Form eines allgemeinen Messertrageverbots, wie bereits von Innenminister Karner vorgeschlagen.		
SPÖ	Ja	
Bürgermeister Dr. Michael Ludwig fordert bereits seit vielen Jahren für ganz Österreich ein generelles Waffenverbot im öffentlichen Raum. In Wien ist dieses bereits am Reumann- und am Keplerplatz sowie am Praterstern erfolgreich wirksam.		
FPÖ	Nein	
Die FPÖ fordert wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität wie die Außerlandesbringung von kriminellen illegalen Straftätern anstatt kosmetischer Placebos.		
GRÜNE	Ja	
Gewalt hat in Wien keinen Platz. Die Grünen fordern seit Jahren ein generelles Waffenverbot. Doch echte Sicherheit entsteht nicht nur durch Verbote, sondern auch durch präventive Sozialarbeit, die Ursachen von Gewalt bekämpft. Beides zusammen macht Wien sicherer.		
NEOS	Nein	
Punktuelle Waffenverbotszonen sind für uns Teil des Maßnahmenmixes beim Thema Sicherheit im öffentlichen Raum, die Hand in Hand mit tiefergehender Ursachenbekämpfung gehen.		
KPÖ/LINKS	Nein	
Waffenverbotszonen sind Symbolpolitik und führen nicht zu weniger Kriminalität, sondern vor allem zu noch mehr rassistischen Kontrollen.		
Team HC	Ja	
Keine Angabe		








## 18. Sollen in Wien weitere queere Jugendzentren errichtet werden?

ÖVP	Nein	
Die Trennung von Jugendlichen nach sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität schafft das Gegenteil von einer toleranten Gesellschaft, nämlich Segregation. Daher sehen wir die Schaffung queerer Jugendzentren sehr kritisch.		
SPÖ	Ja	
Alle, unabhängig von Geschlecht, Alter und sexueller Orientierung haben das Recht auf ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben frei von Diskriminierung. Geschützte Räume fördern das Ziel einer inklusiven Gesellschaft.		
FPÖ	Nein	
Nein, sexuelle Orientierung ist Privatsache und darf nicht künstlich institutionalisiert werden.		
GRÜNE	Ja	
Alle Jugendzentren müssen sichere Orte für junge Menschen sein – unabhängig von Herkunft oder sexueller Orientierung. Zusätzlich braucht es mehr queere Jugendzentren, damit LGBTQIA*-Jugendliche geschützte Räume für Austausch und Unterstützung haben. Vielfalt muss in Wien überall Platz haben.		
NEOS	Ja	
Wir NEOS haben das erste queere Jugendzentrum als sicheren Ort für junge Menschen der LGBTQIA*-Community geschaffen. Das nächste Ziel ist eine langfristige finanzielle Absicherung. Danach sind, je nach Bedarf, auch weitere Standorte sinnvoll.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Ja, solche Orte leisten wichtige Arbeit für junge Menschen, selbstbewusst aufzuwachsen und sich mit sich und ihrer Sexualität wohlfühlen.		
Team HC	Nein	
Im Gegenteil, falls es solche gibt - schließen!		








## 19. Soll die Stadt Wien die Regelungen zur geschlechtergerechten Sprache abschaffen?

ÖVP	Ja	
Wir sprechen uns klar gegen verpflichtendes, bevormundendes und teilweise grammatikalisch unrichtiges Gendern in der Verwaltung aus. Die Verwendung der beiden grammatikalischen Geschlechter ist ausreichend.		
SPÖ	Nein	
Sprache ist immer auch Ausdruck unserer Realität. Darum muss sich auch Gleichstellung in Form von geschlechtergerechten Formulierungen in ihr wiederfinden.		
FPÖ	Ja	
Die Lesbarkeit und <input type="text"/> leidet massiv unter der ideologisch motivierten Verschandelung der Sprache, währenddessen importierte Gewalt gegen Frauen sich davon nicht abschrecken lassen.		
GRÜNE	Nein	
Geschlechtergerechte Sprache macht alle Menschen sichtbar und fördert Gleichstellung. Sie hilft, Stereotype zu vermeiden und niemanden auszuschließen. Sprache prägt unser Denken – eine inklusive Wortwahl trägt zu einem respektvollen Miteinander und einer gerechteren Gesellschaft bei.		
NEOS	Nein	
Nein, denn gendergerechte Sprache macht aus einem bloßen „Mitmeinen“ ein bewusstes Ansprechen. Wir stehen für ein Wien, das alle Menschen aktiv einbezieht.		
KPÖ/LINKS	Nein	
Sprache beeinflusst unser Denken. Im Sinne der Gleichberechtigung setzen wir uns für Sichtbarkeit von Frauen und allen Geschlechtsidentitäten in der offiziellen Kommunikation von Behörden ein.		
Team HC	Ja	
Ist nur eine "Verhuzung" der deutschen Sprache!		

## 20. Soll der Autoverkehr im ersten Bezirk ohne Einschränkungen möglich sein?

ÖVP	Nein	
Eine maßvolle Verkehrsberuhigung der Inneren Stadt kann die Lebensqualität steigern, den öffentlichen Raum aufwerten und den Fuß- sowie Radverkehr stärken. Wichtig ist dabei eine gute Erreichbarkeit für Anrainer, Wirtschaft und Lieferverkehr, um eine lebendige und attraktive Innenstadt zu erhalten.		
SPÖ	Nein	
Eine verkehrsberuhigte Innenstadt ist für viele Städte schon Realität und soll auch in Wien umgesetzt werden. Das Zufahren für Anrainer:innen, Lieferant:innen und soziale Dienstleistungen muss weiterhin gegeben sein.		
FPÖ	Ja	
Eine Beschränkung des Individualverkehrs ist nicht zumutbar.		
GRÜNE	Nein	
Die Verkehrsberuhigung des Wiener Zentrums ist überfällig und wurde von den Grünen vor Jahren eingeleitet, scheiterte jedoch am Veto der SPÖ. Wenn nur Anrainer:innen und der Lieferverkehr fahren, steigt die Aufenthaltsqualität und die Innenstadt wird grüner und lebenswerter.		
NEOS	Nein	
Wir wollen eine Verkehrsberuhigung der Inneren Stadt. Ziel sind eine Reduktion der Abgase, des Lärms und Staubs sowie eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Die Einfahrt soll weiter für Notfallfahrzeuge, Bewohner:innen und den Lieferverkehr erlaubt sein.		
KPÖ/LINKS	Nein	
Viele große Städte Europas haben mittlerweile Autos aus ihrem Zentrum verbannt. Wien sollte folgen und innerhalb des Rings nur noch Anrainer:innen, Gewerbe und Taxis die Zufahrt erlauben.		
Team HC	Ja	
Keine Angabe		

## 21. Sollen Besserverdienende im Gemeindebau mehr Miete zahlen?

ÖVP	Ja	
Mieterinnen und Mieter, die mehr verdienen, sollen für ihre Wohnung zusätzlich zur Miete einen "Solidaritätszuschlag" zahlen. So ist die soziale Gerechtigkeit sichergestellt, die Durchmischung weiter gewährleistet und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen können damit finanziert werden.		
SPÖ	Nein	
Ein wichtiger Grundsatz des sozialen Wohnbaus in Wien ist das Prinzip der sozialen Durchmischung. Niemand, der sich hocharbeitet und mehr verdient, soll deshalb aus seiner Wohnung ausziehen müssen.		
FPÖ	Nein	
Nein, aber eine soziale Durchmischung im Wiener Gemeindebau stärkt das Miteinander.		
GRÜNE	Nein	
Einkommensabhängige Mieten sind keine gute Lösung, auch wenn der Wunsch verständlich ist – Steuern sorgen weit besser für soziale Gerechtigkeit. Zudem müssten alle Mieter:innen jährlich Einkommensnachweise einreichen. Das bedeutet viel Bürokratie, geringe Mehreinnahmen und weniger Durchmischung.		
NEOS	Ja	
Günstige Mieten denen zugutekommen, die sie wirklich brauchen. Deshalb fordern wir ein Einkommens-Monitoring im Gemeindebau.		
KPÖ/LINKS	Nein	
Der Gemeindebau in Wien lebt auch von seiner sozialen Durchmischung. Wer im Laufe der Zeit mehr verdient, sollte keinen Grund haben, wegzuziehen.		
Team HC	Nein	
Keine Angabe		

## 22. Soll auch in Wien eine geringere Mindestsicherung ausbezahlt werden?

ÖVP	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Mindestsicherung soll ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt und keine Hängematte sein. Wien muss daher die negativen Anreize, die die Stadt zu einem Sozialmagnet gemacht haben, endlich ad acta legen.		

SPÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
Die Bezieher:innen von Mindestsicherung müssen so schnell wie möglich zurück auf den Arbeitsmarkt gebracht werden. Die Mindestsicherung ist eine wichtige und notwendige Unterstützungsmaßnahme, um Kinder- und Altersarmut zu vermeiden. Es braucht eine bundesweit einheitliche Regelung.		

FPÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Die FPÖ steht für die soziale Absicherung für unverschuldet in Not geratene österreichische Staatsbürger und fordert Sachleistungen für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte		

GRÜNE	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Wiener Mindestsicherung ist ein von den Grünen erkämpftes Erfolgsmodell. Es kombiniert finanzielle Absicherung mit Unterstützung bei Ausbildung und Jobsuche. Kürzungen würden nur Armut verstärken. Wir setzen auf soziale Sicherheit und Chancen statt auf Strafen und Druck.		

NEOS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Mindestsicherung muss treffsicherer werden, Arbeitsanreize gehören massiv gestärkt. Wir stehen für Sach- vor Geldleistungen insbesondere bei Wohnen, Bildung und Kinderbetreuung (z.B. durch Kindergartengutscheine).		

KPÖ/LINKS	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Mindestsicherung ist jetzt schon nur das mindeste und daher zu wenig. Beihilfen müssen existenzsichernd sein. Sie dürfen nicht Armut verursachen.		


Team HC	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
So rasch wie möglich, um den Zuzug aus ganz Europa aber auch innerhalb Österreichs zu stoppen!		


## 23. Sollen Menstruationsprodukte in Wien dauerhaft kostenfrei erhältlich sein?


ÖVP	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Für Frauen und Mädchen, die von Armut betroffen sind, sind Menstruationsprodukte eine finanzielle Belastung. Besonders an Schulen sollte sichergestellt werden, dass bei Bedarf kostenlose Periodenartikel zur Verfügung stehen. Es ist jedoch nicht notwendig, dass es alle Frauen kostenlos erhalten.		
SPÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
An 25 öffentlichen Toiletten der Stadt Wien sind diese bereits kostenlos verfügbar. Mit der "Roten Box" unterstützt Wien finanziell benachteiligte Mädchen & Frauen. Auf Bundesebene sollen Menstruationsartikel dank SPÖ umsatzsteuerfrei werden.		
FPÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>
Eine weitere Ausweitung ist nicht notwendig, da bereits flächendeckend die rote Box ausgerollt ist.		
GRÜNE	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>
Menstruationsprodukte sollen an allen Wiener Schulen kostenlos sein. Niemand sollte aus finanziellen Gründen darauf verzichten müssen. Das bekämpft Periodenarmut und hilft, die Menstruation endlich zu entstigmatisieren.		
NEOS	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>
Wir wollen Periodenarmut bekämpfen, z.B. durch ein bedarfsorientiertes Angebot von kostenlosen Hygieneprodukten für Mädchen und junge Frauen an öffentlichen Wiener Schulen. Für Menschen, die es sich leisten können, sehen wir aber keine Notwendigkeit für ein kostenfreies Angebot.		
KPÖ/LINKS	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Menstruation ist auch ein Kostenfaktor - der soll gesamtgesellschaftlich getragen werden.		
Team HC	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>
Keine Angabe		





## 24. Soll die Stadt Wien als Arbeitgeberin eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich umsetzen?


ÖVP	Nein	
Statt einer Arbeitszeitverkürzung sollten die Leistungsanreize verstärkt werden.		


SPÖ	Nein	
Grundsätzlich ist Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ein wichtiges Anliegen der Sozialdemokratie. Diese soll sozialpartnerschaftlich verhandelt werden und die Qualität der Dienstleistungen im öffentlichen Bereich sicherstellen.		

FPÖ	Nein	
Die Mitarbeiter der Gemeinde Wien leisten eine wertvolle Arbeit für die Stadtbevölkerung und kann nicht ohne Einschnitte reduziert werden. Die FPÖ setzt sich demgegenüber für eine Arbeitszeitflexibilisierung ein.		








GRÜNE	Ja	
Eine 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich verbessert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer, die wegen Kinderbetreuung in Teilzeit arbeiten. Sie ermöglicht mehr Flexibilität und verringert den Druck, sich zwischen Karriere und Familie entscheiden zu müssen.		

NEOS	Nein	
Nein, eine Arbeitszeitverkürzung für öffentliche Bedienstete bei vollem Lohnausgleich ist ökonomisch unverantwortlich – gerade in Zeiten angespannter öffentlicher Budgets.		

KPÖ/LINKS	Ja	
Ja, eine Arbeitszeitverkürzung ist machbar und macht die Angestellten produktiver und zufriedener, wie viele Beispiele zeigen.		

Team HC	Nein	
Bei den Schulden, die von der Rot/Pinken/Grünen Stadtregierung verschuldet wurden, ist das kaum möglich! Außerdem müssten dann private Arbeitnehmer auch in diesen Genuss kommen!		

## 25. Sollen die Wiener Linien das Semesterticket für Studierende gratis zur Verfügung stellen?

ÖVP	Nein	
Nachdem die Wiener Linien jährlich hunderte Millionen Euro Zuschuss brauchen, wäre es vermessen, hier Gratis-Tickets zu fordern. Die Wiener ÖVP setzt sich dafür ein, dass die Wiener Linien zusätzlich zum Semesterticket eine vergünstigte Öffi-Jahreskarte für Studenten anbieten.		
SPÖ	Nein	
Die Wiener Öffis sind mit 365,- pro Jahr seit über 10 Jahren konstant günstig. Die Beibehaltung dieser Regelung hat Vorrang. Studierende haben darüber hinaus die Möglichkeit auf ein vergünstigtes Ticket in Höhe von 75 Euro bzw. 78 Euro.		
FPÖ	Ja	
Diese wünschenswerte Maßnahme soll an eine Altersobergrenze und einen Studienerfolg gekoppelt werden.		
GRÜNE	Ja	
Mobilität muss für Studierende leistbar sein. Viele kämpfen mit steigenden Mieten und niedrigen Einkommen ohne Inflationsanpassung. Statt Ticketchaos braucht es eine günstige Jahreskarte. Wer in seinen 20ern vor allem Öffis nutzt, steigt später seltener auf ein Auto um.		
NEOS	Nein	
Wir haben mit der 365-Euro-Jahreskarte schon ein sehr günstiges Angebot und sind damit im internationalen Vergleich im Preis-Leistungs-Spitzenfeld.		
KPÖ/LINKS	Ja	
Gratis Öffis sind eine effiziente Maßnahme, mehr Menschen zu überzeugen, das Auto stehen zu lassen – nicht nur Studierende. Schon heute wird nur ein Bruchteil des Öffi-Budgets durch Tickets finanziert.		
Team HC	Ja	
Aber dann auch für Lehrlinge.		